

Kartenset Gruppe A – „Der Rohstoffabbau“ (Blau)

Teilfrage Gruppe A: „Warum trägt der Kauf eines Smartphones dazu bei, einen Krieg im Kongo zu finanzieren?“

Kartenset: 4 gelbe Anker-Karten (S1–S4, siehe Kap. 3) + folgende 11 blaue Themenkarten:

Karte A1 [Recht (Stand 2026)] Seit 2021 verpflichtet die EU-Konfliktmineralien-Verordnung (2017/821) europäische Importeure von Zinn, Tantal, Wolfram und Gold zu Sorgfaltspflichten – erfasst also genau das Metall aus Coltan. Kritik: Sie deckt nur vier Rohstoffe ab; Kobalt und Kupfer fehlen. 2026 wird ihre Wirksamkeit überprüft. <i>Quelle: Verordnung (EU) 2017/821; gta.de; A&W-Blog</i>	Karte A2 [Gesetz] Der US-amerikanische Dodd-Frank Act (2010) verbietet in den USA tätigen Firmen die Verwendung von Rohstoffen, aus deren Verkauf Waffen für den Krieg im Kongo finanziert werden ("Konfliktmineralien"). Seit 2013 müssen deutsche Firmen, die mit US-Firmen kooperieren, "nach bestem Wissen und Gewissen" erklären, die Herkunft ihrer Rohstoffe untersucht zu haben – das erschwert Partnerschaften. <i>Quelle: cio.de</i>
Karte A3 [Gegenmodell] Fairphone – das erste faire Smartphone: „Technologisch gesehen bietet unser Gerät nichts Neues. Wir beschäftigen uns mit dem Herstellungsprozess an sich. Das ist unsere Innovation.“ (Bas van Abel und Miquel Ballester Salvà, Entwickler) <i>Quelle: fairphone.com/de/story</i>	Karte A4 [Konflikt] Die Hauptfront des Krieges in der D. R. Kongo verläuft entlang der großen Abbau-Minen, vor allem im Rebellengebiet im Osten des Landes. Seit August 1998 kämpfen dort selbsternannte Armeen, Milizen, Banditen und rivalisierende Gruppen gegeneinander, die Firmen beschützen, die das Erz fördern – oder es selbst fördern lassen.
Karte A5 [Expertenmeinung] Lebt ein Land überwiegend von seinen Ressourcen, steigt das Konfliktrisiko von einem halben auf 23 %. Bodenschätze sind mittlerweile ein bedeutenderer Risikofaktor als historische oder ethnische Motive: Aus Rohstoff Erlösen werden schnell schwer bewaffnete Armeen. <i>Quelle: Paul Collier, Weltbankökonom</i>	Karte A6 [Akteure] Internationale Konzerne tragen nicht die Alleinschuld am Krieg – auch lokales Militär, Regierung und Warlords entzünden den Konflikt immer wieder. Dazu gehören zwangsrekrutierte Kindersoldaten, Massentötungen und systematische Vergewaltigung als Waffe. <i>Quelle: care.de</i>
Karte A7 [Person] Bokeles Vater und Bruder arbeiten als Schürfer bei einem ausländischen Bergbauunternehmen im Osten der D. R. Kongo. Um die Familie zu ernähren, nehmen beide schlechte Arbeitsbedingungen in Kauf: Arbeit ohne Arbeitsvertrag und angemessene Ausrüstung, keine geregelten Arbeitszeiten, keine Absicherung bei Krankheit oder Unfällen.	Karte A8 [Wirtschaft] Bei Schwankungen der Weltmarktpreise werden in der D. R. Kongo sofort viele Arbeitskräfte entlassen – 2008 allein 300.000. Diese arbeiten dann oft als illegale Schürfer weiter und lassen Preise und Löhne weiter sinken. Illegale Abbaustätten werden fast immer von Warlords kontrolliert.
Karte A9 [Aktuelle Entwicklung (2024/25)] Dez. 2024: Die kongolesische Regierung verklagt Apple-Tochterfirmen wegen illegal abgebauten Coltans. Anfang 2025: Die Miliz M23 erobert Goma und Bukavu und kontrolliert seither die Coltan-Mine bei Rubaya. Dez. 2025: USA und D. R. Kongo unterzeichnen das Rohstoffabkommen „Minerals for Peace“ – bevorzugter US-Zugang zu Kobalt, Kupfer und Coltan. <i>Quelle: dandc.eu, telepolis.de (2025/26)</i>	Karte A10 [Aktuelle Entwicklung (2026)] Im Februar 2026 kommt es an einer Coltan-Mine bei Rubaya zu einem schweren Erdbeben. Ersten Berichten zufolge sterben mehrere hundert Kleinschürfer, die ohne Schutzausrüstung in engen Stollen nach Coltan gruben. Die Mine steht seit 2024 unter Kontrolle der Miliz M23. <i>Quelle: en.wikipedia.org (2026 Rubaya mines collapses)</i>

Karte A11 [Politik (Stand März 2026)]

Deutschland: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) seit 2023 für große Unternehmen. Die EU zog 2024 mit der Lieferkettenrichtlinie CSDDD nach – schwächte sie aber 2025/26 im „Omnibus“-Verfahren auf Druck der Wirtschaft deutlich ab: Schwelle von 1.000 auf **5.000 Beschäftigte**, Anwendung erst ab 2029, EU-Haftungsregelung gestrichen, Höchststrafe von 5 % auf 3 % gesenkt.

Quelle: Richtlinie (EU) 2026/470; kpmg-law.de